

Grundeinkommen



Care und Grundeinkommen

von Ronald Blaschke

Der in der Grundeinkommensdebatte infrage gestellte Vorrang der Erwerbs- bzw. Lohnarbeit gegenüber anderen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit (zum Beispiel der unbezahlten Care-Arbeit) ist schon immer ein verbindendes Element zwischen der Care- und der Grundeinkommensbewegung gewesen.

Die feministische und postpatriarchale Care-Bewegung möchte unbezahlte Care-Arbeit sichtbar machen, fordert vehement deren umfassende gesellschaftliche Anerkennung ein. Denn diese Arbeit ist die stets vorausgesetzte, aber unsichtbare Basis jeglicher Gesellschaft und individuellen Entwicklung – kein Facharbeiter, keine Managerin, kein Fußballstar wäre ohne die Erziehungs- und Sorgearbeit von Müttern, Vätern, Familienangehörigen, Freund*innen aus dem sozialen Umfeld groß geworden. Wer krank oder gebrechlich ist, bedarf einer guten Gesundheitsversorgung, Pflege und Unterstützung – von bezahlten und unbezahlten Care-Arbeiter*innen.

Care-Empfangenden. Wir wissen um die Sozialhilfebürokratie, die gerade für diese Menschen eine große Hürde darstellt. Natürlich ersetzt das Grundeinkommen nicht den notwendigen Ausbau der individuellen Bedürfnissen angepassten Sonderleistungen und sozialen Infrastruktur für Care-Empfangende. Klar ist auch, dass das Grundeinkommen eine bessere Verhandlungsbasis für die Aushandlung der Bedingungen bezahlter Care-Arbeit bietet.

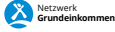
Der Care-Bewegung geht es um eine weitere gesellschaftspolitische Veränderung, um die Umgestaltung in Richtung einer carezentrierten Gesellschaft und Ökonomie. Das Grundeinkommen wird dabei als ein Mittel der Beförderung bzw. als ein Baustein einer solchen Gesellschaft und Ökonomie diskutiert, einer Gesellschaft und Ökonomie, die einerseits die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit. Und die andererseits die selbstbestimmte Mitwirkung an der Befriedigung der Bedürfnisse anderer und eigener Bedürfnisse ermöglicht. Den Grundeinkommens- und Care-Ansatz verbindet daher auch die Überwindung eines Dualismus von Freiheit einerseits und Abhängigkeit bzw. Bezogenheit andererseits, denn Grundeinkommen und Care verstehen die* Einzelne* als einen von anderen abhängigen und dennoch selbstbestimmt lebenden Menschen.

Viele gemeinsame Aktionen und Projekte der Care- und Grundeinkommensbewegung untersetzen diese Gemeinsamkeiten ganz praktisch. Das Netzwerk Grundeinkommen und die Attac-Arbeitsgruppe „genug für alle“ haben diese Projekte maßgeblich mit initiiert und unterstützt. Ausbaufähig sind diese Projekte allemal. Denn nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie unzulänglich die Bedingungen für eine gute Care-Arbeit sind, ob es nun bezahlte oder unbezahlte Arbeit ist. Die Pandemie hat auch gezeigt, wie unzureichend und ineffektiv das bestehende Sozialsystem Menschen in Krisenzeiten materiell absichert. Daher ist das gemeinsame Engagement der Aktivist*innen beider Bewegungen notwendiger denn je.



Care-Revolutionieren mit Grundeinkommen?

Beiträge von
Margit Appel, Sylvia Hönberg, Dr. Ina Praetorius, Werner Rätz,
Dr. Anja Schnupp, Prof. Dr. Gabriele Winker
Videos und anderes Material
Literatur



Das Grundeinkommen wird in der Care-Bewegung als ein Mittel der zeitlichen und materiellen Absicherung (nicht Entlohnung) unbezahlter Care-Arbeit verstanden. Das Stichwort ist Arbeitszeitverkürzung, befördert durch das Grundeinkommen. Es ist ebenfalls ein Mittel der angemessenen Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe der



**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE
BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN**

**direkt zum
unterzeichnen!**



Mit Grundeinkommen kein Krieg?

Nein, so einfach ist die Welt nicht. Krieg hat viel tiefer liegende Ursachen als materielle Armut oder gesellschaftliche Ausgrenzung. Für diese wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen ein probates Heilmittel, aber strukturelle Ungleichheiten, Interessensgegensätze oder Herrschaftsverhältnisse bleiben auch mit einem BGE bestehen. Und auch individuelles Streben nach Macht und Reichtum endet nicht einfach, wenn für das materielle Überleben aller gesorgt ist.

Auch wenn ein BGE Kriege nicht verhindert, so geht es bei denen doch auch um ureigene Themen der Grundeinkommensbewegung. Deshalb sind wir zu einer sehr grundsätzlichen Parteinarbeit aufgefordert. Schließlich garantiert das bedingungslose Grundeinkommen jedem Menschen ohne irgendeine Einschränkung die materiellen Grundlagen des Lebens, während der Krieg eben dieses Leben bedingungslos infrage stellt. Was wäre ein BGE im Krieg noch wert, wenn

alles zerstört würde, was durch ein BGE möglich würde? Viele Menschen in der Ukraine besitzen wenig von dem, was sie zu einem guten Leben brauchen, und sie sind weit von einem BGE entfernt. Aber oft gehören ihnen die Häuser, in denen sie wohnen, weil die ihnen nach dem Ende der Sowjetunion überschrieben wurden. Nun sind auch die kaputt. Wer ein BGE als Grundvoraussetzung für ein gutes Leben ansieht, kann Krieg nicht befürworten.

Wäre deshalb aber eine Gesellschaft mit Grundeinkommen schon von alleine friedlicher? In manchen Weltgegenden ist Krieg für einen Teil der jungen Männer eine Option, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Viele verdingen sich als Söldner, mal für eine Sache, von der sie überzeugt sind, oft aber auch nur einfach als „Handwerk“. Bestimmt hätten sie mit einem BGE weniger materielle Gründe für ein solches Verhalten.

Fortsetzung Seite 2



Wozu brauchen wir ein BGE?

von Sandra Vahle und Helwig Fenner

Wir leben wie selbstverständlich in einer Arbeits- und Leistungsgesellschaft. Dass wir arbeiten müssen, ist ein Glaubenssatz, den wir nicht hinterfragen, und wenn es doch jemand wagt, so wird sie/er pauschal als faul abgestempelt. Wir leben wie selbstverständlich in einem Staat mit einem sozialen Sicherungssystem, wir zahlen Steuern und wir haben einen Rechtsstaat. Wozu brauchen wir also ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Dass es zu allgemeiner Faulheit führen würde, ist längst widerlegt, per Studie und von Lottogewinner*innen. Die Sorge, dass die Steuerkassen leer bleiben wegen der vielen Nichtsteuer*innen, wird vom Menschen selbst widerlegt. Der Mensch ist ein tätiges Wesen, das nach Anerkennung und Erfüllung strebt.

Jeder Mensch hat psychologisch betrachtet vier Grundbedürfnisse, die evolutionär angelegt sind und bewusst wie unbewusst nach Befriedigung verlangen. Das Bedürfnis nach Bindung will liebevolle Beziehungen, das Bedürfnis nach Orientierung und Kontrolle will eine sichere Umwelt mit Möglichkeit zur Einflussnahme. Das Bedürfnis nach Selbstwerterhöhung bzw. Selbstwertschutz will Bestätigung und das Bedürfnis nach Lustgewinn und Unlustvermeidung will angenehme, erfreuliche, lustvolle Erfahrungen und Zustände herstellen und unangenehme vermeiden. Um sich wohl und gesund zu fühlen, muss jedes Bedürfnis hinreichend befriedigt sein. Wir sehen ein Grundeinkommen hier im Sinne der Wissenschaft als dienlichen Erfüllungshelfer, aber die wohlwollende Idee bedarf in der Realität des 21. Jahrhunderts noch einer Menge Überzeugungsarbeit.

Das bedingungslose Grundeinkommen stellt die unternehmerische Sinnfrage und vermutlich haben die Reichen und Mächtigen deshalb so viel Angst davor. Es wirkt ausbeuterischen Strukturen entgegen, denn es katapultiert Menschen in die Position, „nein“ sagen zu können zu schlechten Arbeitsbedingungen, zu unfairen Gehältern und zu einem Mangel an Sinnhaftigkeit. Würde es McDonalds oder Tönnies-Fleisch noch in der Form geben mit einem Grundeinkommen für alle? Und wäre das besser oder schlechter für unsere Welt?

Das bedingungslose Grundeinkommen entwickelt unsere Zivilisationsordnung weiter. Eine Ordnung, die allen ein Mindestmaß an Privilegien zur Verfügung stellt. Chancen- und Bildungsgleichheit für alle, für jede und jeden Einzelne*, würden mit einem Grundeinkommen einen neuen Schwung erleben. Liberalismus könnte mit einem BGE wieder seiner ursprünglichen Bedeutung gerecht werden.

Der vielleicht wichtigste Evolutionsschritt, den ein Grundeinkommen für alle geht, ist die Beseitigung der Existenzangst. Wie befreiend wird das Gefühl wirken, ein Leben lang eine garantierte Existenzsicherung zu haben? Die Sicherheit eines Auffangnetzes kann die Potenziale des Menschen entfesseln, Kreativität freisetzen, Unternehmertum anstupsen und Solidarität wie auch Hilfsbereitschaft stärken. Würden mehr Menschen gründen? Gäbe es in jedem Ort

wieder viele kleine Bäckereien statt einer großen Kette? Würde Egoismus im Miteinander öfter mal durch Selbstlosigkeit ersetzt werden?

Das Grundeinkommen tangiert viele weitere Bereiche unserer Gesellschaft. Klima, Care und Krieg durchleuchten wir in eigenen Texten im Detail, andere Bereiche möchten wir nicht ganz außen vorlassen. Wird die emanzipatorische Wirkung des BGE dazu führen, dass es weniger Prostitution geben wird und mehr Frauen in Vorständen?

Ein Grundeinkommen kann wie eine Stellschraube wirken und es zeichnet ein besseres Menschenbild. Es stellt unsere Werte in den Fokus, nicht nur auf dem Papier wie im Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wo aber fängt die Würde des Menschen an und wo hört sie auf? Wenn ich aus finanzieller Not heraus jeden Job annehmen muss, geht das nicht auf Kosten meiner Würde? Oder wenn ich samt Würde Hartz IV beantragen soll? Was haben wir denn eigentlich zu verlieren

EBI? Was ist das?

Die „Europäische Bürgerinitiative – EBI“ ist ein Instrument der politischen Teilhabe auf EU-Ebene. Damit fordern Bürgerinnen und Bürger die EU-Kommission auf, eine bestimmte Maßnahme zu ergreifen. Um erfolgreich zu sein, muss eine EBI innerhalb eines Jahres insgesamt 1 Million Unterschriften und zusätzlich in sieben Ländern ein bestimmtes Mindestquorum erreichen. Dann muss die Kommission die Petent*innen anhören und ihr Anliegen beantworten. Auch im Europäischen Parlament findet eine Anhörung statt. Das Parlament kann die Petition unterstützen, aber auch dann gibt es, ähnlich wie bei Bundestagspetitionen, keinen rechtlichen Zwang, die geforderte Maßnahme auch umzusetzen.

durch ein Grundeinkommen? Weder unsere Friedensordnung noch unsere Demokratie jedenfalls. Das bedingungslose Grundeinkommen formt eine Zeitenwende, die wir brauchen, denn die Krise ist zum Normalzustand geworden. Ein Paradigmenwechsel ist unabwendbar.

Wenn wir Menschlichkeit vor Kapitalismus stellen, können wir nur gewinnen. Und nicht nur wir, auch die Erde und die Tierwelt. Ein BGE zeichnet eine bessere Welt. Und sind Menschen, die (finanziell) abhängig sind, nicht auch leichter zu manipulieren? Kann man vielleicht sogar die These aufstellen, dass ein Grundeinkommen Radikalisierung verhindern würde? Wir werden es nur herausfinden, wenn wir es ausprobieren. Und genau das möchten wir tun, indem wir das Individuum samt seiner Selbstbestimmung stärken.

Ein Grundeinkommen sichert die Existenz, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und wird individuell ohne Bedürftigkeitsprüfung sowie ohne Zwang zur Arbeit oder zu einer anderen Gegenleistung ausgezahlt. Es gewährt Zutrauen, Freiheit und Würde.

EBI: Sie bewegt etwas

von Werner Rätz

Europäische Bürgerinitiativen (EBI, s. Kasten in nebenstehendem Artikel) können unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen erfolgreich sein und dann viel in Bewegung bringen.

Drei Beispiele:

- Am 10. Mai 2012 startete die EBI **„Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!“** Sie erreichte bis zum Ende der Sammlung am 1. November 2013 1 659 543 Unterschriften. In ihrer Antwort an die Initiative verpflichtete sich die EU-Kommission, „die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Wasserqualität zu intensivieren“. In der Folge gab es tatsächlich einige Maßnahmen, auch wenn sie noch hinter den Wünschen der Wasseraktivist*innen zurückbleiben. Die EBI war Teil einer globalen Kampagne von Wasseraktivist*innen, die weiterhin aktiv ist.

- Am 10. September 2014 hatte die Kommission die Registrierung einer geplanten EBI **„Stopp TTIP“** abgelehnt, die erreichen wollte, dass das Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen TTIP aufgehoben und das mit Kanada (CETA) nicht abgeschlossen wird. Die Beteiligten organisierten eine Unterschriftensammlung in Eigenregie und übergaben der Kommission am 7. Oktober 2015 3 284 289 Unterschriften. In einem Urteil vom 10. Mai 2017 stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass die Kommission die EBI hätte registrieren müssen. Die selbstorganisierte EBI „Stopp TTIP“ hat sehr viel dazu beigetragen, dass der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen sich EU-weit ausdehnte. Die zuvor starke Bewegung in Deutschland (u. a. Attac, aber auch Verdi und andere Gewerkschaften sowie kritische Verbände und NRO) hatte den Startschuss dazu gegeben.

**Willkommen im 21. Jahrhundert!
Die Tierwelt wird ausgebeutet und
als Ware betrachtet.**



#BessereWelt

**Das Grundeinkommen schützt Artenvielfalt
und fördert eine tierliebe Wirtschaft.**

Jetzt unterschreiben: ebi-grundeinkommen.de

- Die EBI **„Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“** forderte das Ende der Nutzung synthetischer Pestizide in der EU bis 2035 und wurde am 30.9.2021 mit 1 179 595 Unterschriften abgeschlossen. Aktuell prüft die Kommission und bereitet ihre Antwort vor. Schon 2012 war eine EBI zum Verbot von Glyphosat erfolgreich gewesen, die Kommission hatte sich aber geweigert, auf die Forderung einzugehen. Das Thema blieb aktuell, weil die Aktivist*innen ebenso wie die interessierten Verbände dranblieben, und dieses Mal wird es die Kommission deutlich schwerer haben, einfach „nein“ zu sagen.

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN



Weitere Erklärvideos zu einem bedingungslosem Grundeinkommen finden sich auf YouTube.

YouTube-Kanal der Attac-AG genug für alle

Die Attac-AG genug für alle betreibt seit August letzten Jahren nun auch einen YouTube-Kanal. Hier können wir die Videos unser regelmäßigen Online-seminare besser darstellen, als dies über unsere Webseite möglich ist.

Unsere Onlineseminare, 2020 aus der Not geboren, weil wir wegen der Coronapandemie alle Liveveranstaltungen absagen mussten, haben sich zu einem Instrument gewandelt, mit dem wir Menschen erreichen, die mit mehr oder weniger Zeitaufwand etwas für das BGE und damit auch für die EBI tun können.

Und schließlich glauben wir, dass die konstruktive Debatte unter Menschen intensiviert werden sollte, die zwar ein BGE durchaus für eine gute Idee halten, die an einzelnen Punkten aber Fragen und Zweifel haben. Gerade in den Online-

seminaren hat sich gezeigt, dass es eine ganze Menge solcher Themen gibt. Der YouTube-Kanal ist aber noch mehr. Wir wollen uns auch mit anderen Kanälen vernetzen, um damit die Grundeinkommensbewegung zu stärken.

YouTube-Kanal und Onlineseminare sind ein wichtiges Hilfsmittel zur politischen Arbeit in Zeiten von Corona geworden. Dabei ist die Bewerbung von Onlineseminaren ein zentraler Punkt.

YouTube Kanal



Onlineseminare
mittwochs
18:00 bis 19:00 Uhr



Warum in der EU

von Werner Rätz

Die Europäische Union hat einen schlechten Ruf, „Brüssel“ ist für ihre Bürger*innen sehr weit weg und gilt als extrem bürokratisch. Dabei spielt es keine Rolle, ob europäische Vorschriften Positives regeln, wie im Fall des Wasserrechts oder in puncto Erhaltung der natürlichen Lebensräume, oder Neoliberales, wie bei der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie mit der EU-weiten Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge. Auch unsere EBI Grundeinkommen wird zuweilen nicht unterschrieben, weil Menschen der EU nicht vertrauen.

Und doch behaupte ich, dass bedingungslose Grundeinkommen auf EU-Ebene eher durchsetzbar sein werden als im nationalen Rahmen.

Da Sozialpolitik in der EU Sache der Mitgliedstaaten ist, gibt es keine EU-weiten Sozialsysteme, während die nationalen höchst unterschiedlich sind. Es gibt Länder mit umfassender sozialer Absicherung und andere fast ganz ohne eine solche. Eine Studie der Diakonie vom Oktober 2019 zeigt, dass die Sozialhilfen nur in vier Ländern Armut verhindern, während in ebenfalls vier nicht einmal 40 Prozent der Armutsgrenze erreicht werden (in Deutschland 67). Dabei nehmen 20 bis 75 Prozent der Berechtigten aufgrund fehlenden Wissens nicht einmal diese minimalen Leistungen in Anspruch.

Das scheint keine großen Hoffnungen auf ein BGE zu machen. Aber sähe das im na-

tionalen Rahmen anders aus? Sozial- und wirtschaftspolitisch fortschrittliche Regelungen müssten gegen widrige Kräfteverhältnisse, gegen mächtige Kapitalinteressen durchgesetzt werden und wären sie etabliert, müssten sie gegen den Einfluss des global organisierten Kapitals verteidigt werden. Ersteres könnte vielleicht national einfacher sein, letzteres wäre mit der großen EU im Hintergrund gewiss leichter als für ein einzelnes Land.

Allerdings verfügt bisher keiner der europäischen Akteure (Kommission, Rat und Parlament) unmittelbar über irgendwelche Instrumente, um mithilfe sozialer Verbesserungen neue Bindungen der Bürger*innen an die EU herzustellen. Das sieht zunächst wie ein Nachteil aus, könnte in Wirklichkeit aber ein Vorteil sein. Manche nationalen Sozialsysteme haben lange Traditionen, andere sind jüngst in mühsamen Kompromissen installiert worden, die Beharrungskräfte sind also stark. Zudem unterscheiden sie sich erheblich voneinander. Ihre Angleichung wäre selbst bei dazu vorhandener Absicht extrem schwierig und nur durchführbar, wenn eine ganze Zahl von Ländern ihren bisherigen Weg verlassen und Systeme von anderen übernehmen würden.

Für die gesamte EU gesehen gibt es solche Belastungen nicht. Hier käme es vor allem darauf an, EU-weite Regelungen so zu strukturieren, dass sie mit allen nationalen Systemen zusammenpassen. Geldzahlungen an individuell Berechtigte gibt es überall, da könnte ein BGE anknüpfen. Das wäre eine Chance, beim Aufbau einer europäischen Sozialpolitik neue Wege zu gehen.

Ansätze dazu existieren längst. Über Europäische Tarifverträge und Mindestlöhne wird allenthalben diskutiert. Die existierenden diverse Zahlungen von EU-Ebene in die Länder untersuchen wir in einem eigenen Artikel.

Europaweite, national angepasste Grundeinkommen könnten der Königsweg sein. Es müsste dafür kein bestehendes Sozialsystem völlig umgebaut oder aufgegeben werden. Es könnten Gelder bisher wenig effektiver Instrumente umgenutzt werden.



Die Bereitschaft zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer könnte weitere Mittel erschließen. Entscheidend wäre allerdings, dass die Anrechnung europäischer Zahlungen auf die nationalen Mindestsicherungssysteme unterbliebe.

Es ist klar, dass die Widersprüche und Widerstände groß sind. Aber die Forderung nach „bedingungslosen Grundeinkommen überall in der EU“ ist politisch höchst brisant und es lohnt sich, sich damit genauer zu beschäftigen.

EU-Kommission und bedingungslose Grundeinkommen. Sie kann viel tun

von Werner Rätz

Informierte Leser*innen werden sich fragen, warum die Europäische Bürgerinitiative BGE ausgerechnet die EU-Kommission auffordert, „einen Vorschlag für bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten Union vorzulegen“. Kann die Kommission das nach Rechtslage in der EU überhaupt? Und warum ist in der EBI von Wirtschafts- und nicht von Sozialpolitik die Rede?

Die simpelste Antwort wäre, dass die sozialpolitischen Kompetenzen der EU überhaupt und damit auch der Kommission beschränkt sind und die Mitgliedstaaten eifersüchtig darüber wachen, dass ihnen hier nicht hineingere-det wird. In der Wirtschaftspolitik hingegen ist eindeutig „Brüssel“ (mit) zuständig. Aber diese formalrechtliche Antwort greift zu kurz, weil die Grenze zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik tatsächlich keine scharfe ist. Die Kommission kann durchaus sozialpolitische Akzente setzen.

Ausdrücklich ist die „Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ ihre Aufgabe. Dabei spielt die Entschließung des EU-Parlaments vom 24. Oktober 2017 eine Rolle, in der betont wird, „dass mit Mindesteinkommensregelungen ein Einkommen gewährleistet werden sollte, das über der Armuts-grenze liegt“. Die Forderung der EBI BGE, für alle Mitgliedsländer jeweils angepasste Vorschläge zu unterbreiten, wie das gesichert werden kann, passt somit genau ins Aufgabenprofil der Kommission.

Eine naheliegende Möglichkeit sowohl für den formal-rechtlichen Rahmen wie für die Beschaffung der Gelder wären die schon existierenden Europäischen Strukturfonds wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) und der Fonds für den gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF).

Die EU plant im Rahmen eines „Mehr-jährigen Finanzrahmens“ (MFR), bei dessen Entwicklung die Kommission eine Verordnung vorlegt, welche alles abdeckt, was nicht die genaue inhaltliche Ausrichtung der Fördertöpfe betrifft: allgemeine poli-

tische Ziele, Höhe des Gesamtvolumens, Kofinanzierungsätze, Auszahlungsbedingungen, Leistungsvoraussetzungen. Verordnungen gelten bei Inkrafttreten automatisch und in einheitlicher Weise in allen EU-Ländern. Für jeden einzelnen Fonds gibt es eine eigene Verordnung, an deren Umsetzung Ministerrat, Europaparlament und Kommission beteiligt sind. Damit existiert ein verbindlicher Rechtsrahmen und auch parlamentarische Kräfte haben die Möglichkeit, in diesen Prozess einzugreifen.

Der EFRE ist jetzt schon für den Ausgleich

der Lebensverhältnisse in europäischen Regionen zuständig und der JTF unterstützt Gebiete, die aufgrund des Übergangs der Union zu einer klimaneutralen Wirtschaft schwerwiegende sozioökonomische Herausforderungen bewältigen müssen. Beides hängt offenkundig mit dem

Ziel des BGE, einem guten Leben für alle, zusammen.

Bedeutsam ist dafür aber vor allem der Europäische Sozialfonds Plus ESF+. Diesen aktuell gültige Verordnung bestimmt, dass mindestens ein Viertel der nationalen Mittel für Förderung der sozialen Inklusion und Armutsbekämpfung vorzusehen sind. Zudem sollen die ESF-Mittel stärker an länderspezifische Empfehlungen aus anderen Programmen angelehnt werden. Das ermöglicht eine europäische Mittelverwendung für bedingungslose Transfers z. B. für bestimmte sozial benachteiligte Gruppen, die zu Grundeinkommen weiterentwickelt werden könnten. In Artikel 13,2 der Verordnung heißt es zudem, dass „die Mitgliedstaaten die breitere Anwendung innovativer Konzepte“ anstreben sollten. Auch hier liegt der Gedanke ans BGE nahe.

Auch im Rahmen der „nationalen Aufbau- und Resilienzpläne“ sowie des speziellen Instruments der „verstärkten Zusammenarbeit“ gäbe es weitere Möglichkeiten, die Einführung von Grundeinkommen zu erproben und voranzubringen. Die Forderung nach Einführung von BGE hat in der EU also eine ganze Reihe von Ebenen, auf denen sie ansetzen kann.



Stand Dezember 2021

25 Länder(von 27):

AT, BE, BG, CZ, DE, EE, FI, FR, EL, HR, HU, IE, IT, MT, LT, LU, LV, NL, PL, PT, RO, SK, SI, ES, SE

Spenden

Helfen Sie mit Ihrer Spende, unsere Bürgerinitiative zum Erfolg zu bringen!

Die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen erhält keinerlei finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit aus öffentlichen Mitteln. Daher sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.



Helfen Sie mit Ihrer Spende, die Bürgerinitiative zum Erfolg zu bringen.

Einmalig 10 Euro – Ihr Beitrag für ein soziales, liberales und demokratisches Europa mit Grundeinkommen. Unterstützen Sie uns bitte jetzt!

Mit Grundeinkommen kein Krieg?

Fortsetzung von Seite 1

Vielleicht wären Menschen, die in ihrer Gesellschaft anerkannt werden, die sich wertgeschätzt fühlen – und ein Grundeinkommen für alle wäre Ausdruck solcher Anerkennung und Wertschätzung – vielleicht wären solche Menschen auch grundsätzlich weniger geneigt, in den Krieg zu ziehen. Aber würden sie sich weniger verteidigen, wenn sie angegriffen würden? Was hätte den Menschen in der Ukraine ein Grundeinkommen genützt, wenn sie es vor dem russischen Überfall gehabt hätten?

Überhaupt ist es schwierig, generelle Aussagen zum Thema zu machen. Zum einen gibt es keine Erfahrungen mit einer

Die EBI BGE braucht Unterstützung!

Noch 50 Tage vom Erscheinen dieses „Freitag“ an läuft die Unterschriftensammlung und eine letzte große Anstrengung lohnt sich. Unterschreibt selbst, soweit noch nicht geschehen, und fordert eure Freundinnen und Freunde auf, das ebenfalls zu tun, zum Beispiel so:

Liebe/r NN,

das bedingungslose Grundeinkommen würde nicht nur unser Leben leichter machen. Käme es überall in der EU, würde endlich etwas greifbar von den immer wieder beschworenen „europäischen Werten“ oder einem „europäischen Sozialmodell“. Deshalb habe ich die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen unterschrieben und bitte dich, das auch zu tun!



direkt zum unterschreiben!



solchen Situation, zum anderen aber sind auch nicht alle Menschen in gleichem Maße und in gleicher Weise vom Krieg betroffen. In aller Regel sind es Männer, die Kriege anzetteln und führen, aber unter den Auswirkungen leiden andere mehr als sie. Vor allem in der privaten Umgebung sind es Frauen, die den Alltag organisieren und das Leben am Laufen halten (müssen). Frauen und Kinder, noch mehr Fremde, werden eher schlechter versorgt als (potenzielle) Soldaten und vor allem Frauen werden vergewaltigt, in Kriegszeiten oft massenhaft und immer wieder. Auch hier stärkt Krieg wieder genau das Gegenteil von dem, was ein bedingungsloses Grundeinkommen bewirken soll, nämlich die Möglichkeit, sich aus Abhängigkeit und Fremdbestimmung zu lösen. Umgekehrt haben Forschungen gezeigt, dass Friedensschlüsse, an denen Frauen beteiligt waren, im Durchschnitt 15 Jahre

länger halten als ausschließlich von Männern verhandelte.

Ein Grundeinkommen wäre also kein Wundermittel gegen Kriege. Immer noch könnten und müssten Menschen entscheiden, ob sie Krieg führen, Krieg akzeptieren wollen. Aber wir dürfen hoffen, dass Menschen, die einander bedingungslos das Recht auf ein gutes Leben zugestehen, diese Haltung nicht nur für die Mitglieder der eigenen Gesellschaft aufbringen, sondern auch für andere. So gesehen steht die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens eindeutig im Widerspruch zur gewaltsamen Aneignung dessen, was man halt gerne haben möchte.



Attac AG genug für alle



Grundeinkommen ohne Wachstum

von Dagmar Paternoga

Erderwärmung, Verlust der biologischen Vielfalt, Ressourcenknappheit, soziale Ungleichheit, Kriege – Freitag-Leser*innen muss man die Notwendigkeit einer sozialökologischen Transformation nicht erklären. Die großen Herausforderungen der Menschheit sind hier bekannt. Aber wie soll denn dazu ein bedingungsloses Grundeinkommen passen? Bringt ein solches BGE nicht mehr Geld unter die Leute, die dann mehr konsumieren und verbrauchen?

Die Idee, über wirtschaftliches Wachstum Armut zu reduzieren und den Klimawandel zu stoppen, ist ja bekanntlich gescheitert. Auch das neoliberale Konzept des *Green New Deal*, des angeblich grünen Wirtschaftswachstums, lässt sich von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß nicht entkoppeln.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma wird sich nur finden lassen, wenn sowohl für die soziale Frage wie für ein klimaneutrales Wirtschaften neue Wege gefunden werden. Für die sozialökologische Transformation müssen wir über den Kapitalismus hinausdenken. Ziel ist eine Ökonomie, die globale soziale Rechte für alle sichert, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet. Das gute Leben für alle wird nur möglich sein, wenn die Industrieländer mit weniger Produkten und geringerem Energieverbrauch auskommen. Es wird eine umfassende gesellschaftliche Debatte über die Frage geführt werden müssen, welche konkreten Produkte und Dienstleistungen wir benötigen und wie wir die Bedürfnisse bei möglichst geringem Naturverbrauch befriedigen können. Schrumpfung muss von Umverteilung begleitet sein. Die erneuerbaren Energien müssen stark gefördert und ausgebaut werden.

Dazu gehört es auch, Produktionsbereiche zu identifizieren, auf die ohne gesellschaftlichen oder individuellen Schaden zumindest mittelfristig verzichtet werden kann.

Destruktivtechnologien wie Rüstungsproduktion, Atomtechnologie, Gentechnologie fallen hier drunter. Ein Großteil des Welt Handels besteht aus Warentransporten, die für die Versorgung der Menschen sinnlos sind. Sie folgen günstigsten Steuergesetzen, niedrigsten Arbeitskosten und -standards und geringsten Umweltauflagen und könnten ohne Wohlstandsverlust unterlassen werden.

Beim sozialökologischen Transformationsprozess werden Arbeitsplätze verloren gehen, aber auch neue entstehen, wie zum Beispiel durch die Förderung und den Ausbau der bäuerlichen Landwirtschaft. Die notwendigen Umstrukturierungen werden sich nur in langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen lassen. Die Menschen benötigen deshalb vor allem soziale Sicherheit. Nur dann werden sie sich für eine andere, bedarfsorientierte Ökonomie einsetzen und den Umbau der Arbeitsplätze akzeptieren. Dabei wird ein gesichertes Einkommen losgelöst von Erwerbsarbeit umso wichtiger. Gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie Erziehung, Pflege, Kunst, ehrenamtliches Engagement im politischen und sozialen Bereich gilt es dagegen aufzuwerten.

Zu einer bedarfsorientierten Ökonomie gehört nicht nur ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern auch kostenlose und umfassende Gesundheitsversorgung, das Recht auf Wohnen und vieles andere mehr, eben ein würdiges Auskommen für alle Menschen auf der Welt – auch für Geflüchtete.

Wäre das alles so verwirklicht und der Verbrauch an Ressourcen und Energie immer noch zu hoch, könnten die Menschen von einem ganz anderen Ausgangspunkt aus darüber verhandeln, wie die Probleme zu lösen wären. Dies wäre eine demokratische Debatte, weil nicht von vorne herein Gewinner*innen und Verlierer*innen feststünden.

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) Grundeinkommen kann viel erreichen

von Ronald Blaschke

Wann ist eine EBI erfolgreich? Wenn sie das erreicht hat, was sie fordert. Im Falle der EBI Grundeinkommen, wenn die Europäische Kommission die Einführung eines Grundeinkommens, das die Armut verhindert, in jedem EU-Mitgliedstaat befördert und wenn das Europäische Parlament sich hinter die EBI-Ziele stellt. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist das, was mit solchen EBI-Kampagnen darüber hinaus erreicht werden soll, nämlich die Stärkung der Demokratie in der EU, die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure und deren Vernetzung in der EU, und natürlich die Beförderung des Themas der EBI in der Öffentlichkeit, in unserem Falle des Grundeinkommens.

Eine EBI ist leider ein unbekanntes Mittel der Mitbestimmung der EU-Bürger*innen. Nur 2,4 Prozent der befragten Bürger*innen in der EU kennen dieses. Das ergab eine vom Kampagnenbündnis der EBI Grundeinkommen initiierte und finanzierte Umfrage. Das ernüchternde Ergebnis führt zu folgenden Schlussfolgerungen: Erstens muss die EU, will sie tatsächlich die Bürger*innen in politische Entscheidungsprozesse einbinden, dieses Mittel bedeutend mehr bekannt machen. Dieses nunmehr nachgewiesene Kommunikationsversagen der EU-Gremien führte dazu, dass sich Nichtregierungsorganisationen und verschiedene Europäische Bürgerin-

itiativen zusammenschlossen und einen EU-weiten ECI-Sign-Day organisierten. Ein großer Erfolg für die Demokratie von unten. Auch dieses Jahr wird am 9. Mai, also am Europatag der EU, mit einer gemeinsamen Kampagne für mehr politische Mitwirkung der Bürger*innen der EU und für die Unterzeichnung der laufenden Europäischen Bürgerinitiativen geworben. Zweitens muss die EU Europäische Bürgerinitiativen finanziell unterstützen. Denn es sind ehrenamtlich und ohne Budget arbeitende Bürger*innen, die sich EU-weit vernetzen und in ihrem Land die Kampagne durchführen. Wie wäre es mit einer Kampagnenkostenerstattung analog der Wahlkampfkostenerstattung für Parteien?

Dass das europäische und das deutsche EBI-Kampagnenbündnis diese Forderungen auf die Tagesordnung der EU gestellt haben, ist als ein weiterer Erfolg zu werten. Wir sind in Kontakt mit anderen Bürgerinitiativen, mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, um diese Forderung durchzusetzen – und wir bleiben am Ball.

Nicht groß genug kann aber der Vernetzungserfolg der Europäischen Bürgerinitiative sowohl bezogen auf die EU-Ebene als auch auf die jeweilige Landesebene bewertet werden: An der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen beteiligen sich Initiativen und Netzwerke aus 25 EU-Ländern. Sie stimmen gemeinsame Aktionen ab,

beteiligen sich an Kampagnen und Konferenzen europäischer Nichtregierungsorganisationen und halten Kontakt zu Parlamentariern des Europäischen Parlaments. Am erfolgreichsten, auch was die Unterschriften für die EBI betrifft, sind natürlich diejenigen Länder, in denen schon eine starke Grundeinkommensbewegung besteht, so zum Beispiel Spanien, Deutschland, aber auch kleinere Länder wie Slowenien. Größere Schwierigkeiten gibt es in denjenigen EU-Ländern, in denen grundsätzlich eine eher nationalistische bzw. EU-feindliche Einstellung vorherrscht. Aber auch diesbezüglich ist die EBI Grundeinkommen hilfreich – sie unterstützt die Initiativen in diesen Ländern mit Rat und Tat. Sehr erfolgreich ist die EBI Grundeinkommen bezüglich Vernetzung in Deutschland. Das deutsche EBI-Kampagnenbündnis wird von 38 Netzwerken, Initiativen, Verbänden, Parteien bzw. Zusammenschlüssen in Parteien getragen. Nie zuvor war der Kontakt zwischen diesen so eng, nie zuvor die gegenseitige Unterstützung so intensiv.

Es gibt also viele grundsätzliche und speziell auf das Grundeinkommen bezogene Gründe, die EBI Grundeinkommen zu unterstützen – mit Ihrer Unterschrift und/oder Ihrer Spende! Es geht um mehr Demokratie, um mehr Bürger*innenbeteiligung, um ein soziales Europa mit Grundeinkommen für alle!



Erwerbslose und Prekäre streiten für ein Grundeinkommen

Erwerbslose und Prekäre sind diejenigen, die am längsten in Deutschland für ein Grundeinkommen streiten – seit 1980. Sie nennen das Grundeinkommen Existenzgeld.

Die Forderung nach einem Existenzgeld entstand zu einem Zeitpunkt, als die Zahl der Erwerbslosen in der BRD die Milliongrenze überschritt und Arbeitslosigkeit als Teil kapitalistischer Produktion wieder verstärkt sichtbar wurde. Erwerbslose, Sozialhilfebezieher*innen und JobberInnen (heute als „prekär Beschäftigte“ bezeichnet), oftmals organisiert in bundesweiten unabhängigen Organisationen, kämpfen für eine Alternative zur Lohnarbeit. Sie wollten ein Leben ohne Zwang zur Lohnarbeit, ein Leben in Selbstbestimmung und mit Selbstorganisation.

Neben dem Grundeinkommen setzen sie sich für eine soziale Infrastruktur und gemeinsam nutzbare Güter ein. Ihnen geht es um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, um eine Ökonomie, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Darüber hinaus gilt ihnen das Existenzgeld als globales soziales Recht, unabhängig von Staatsbürgerschaft, und berücksichtigt Migrant*innen und Flüchtlinge. Sie betrachten das Existenzgeld, wie viele andere Grundeinkommensbefürwortende, als Menschenrecht.

In ihrer jüngsten Erklärung zum Existenzgeld heißt es: „Als Basis für ein Bündnis mit Lohnabhängigen stehen die radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein allgemeiner

EBI Grundeinkommen

Eine EBI muss gegenüber der EU-Kommission mit wenigen Worten Gegenstand und Ziele beschreiben. Unsere lauten leicht gekürzt:

Unser Ziel ist die Einführung bedingungsloser Grundeinkommen in der gesamten EU, welche jedem Menschen die materielle Existenz und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe sichern, als Teil ihrer Wirtschaftspolitik. Wir fordern die Europäische Kommission auf, einen Vorschlag für bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten EU zu machen,

welche die regionalen Ungleichheiten verringern, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken.

Damit soll das Ziel der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission von 2017 verwirklicht werden, dass zur Bekämpfung von Ungleichheit „die EU und ihre Mitgliedsstaaten auch effiziente, nachhaltige und gerechte Sozialschutzsysteme unterstützen werden, um Grundeinkommen zu garantieren“.

„Zur Freiheit berufen – Christen für ein Grundeinkommen“

Die KAB Deutschlands setzt sich seit ihrem Bundesverbandstag 2007 für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein und hat mit dem „Garantierten Grundeinkommen“ ein eigenes Modell entwickelt. In einem Fachbuch, das der KAB-Diözesanverband Köln herausgegeben hat, wird u. a. die Frage untersucht, was Katholische Soziallehre, der Begriff der Freiheit und die Idee des Grundeinkommens miteinander verbindet. Die Krise der Arbeit und das Menschenrecht auf soziale Sicherheit fordern uns zu neuen Lösungen gesellschaftlicher Fragen heraus.

Und wie kann das Grundeinkommen vor Armut schützen, was kann es für die Care-Krise bedeuten und was zu einer sozialökologischen Transformation „Vom Haben-Müssen zum Sein-Können“ beitragen? Und so geht es konsequenterweise auch darum, welche Schritte zur Umsetzung eines Grundeinkommens jetzt schon gegangen werden bzw. möglich sind. Klein anfangen mit einem Kinder- und Jugendgrundeinkommen? Bietet das Rentenmodell der katholischen Verbände eine Möglichkeit zur Verhinderung von Altersarmut? Aber auch realpolitische Teilschritte wie die Schaffung einer kostenlosen Infrastruktur sind denkbar.



Zu beziehen ist das Buch beim KAB Diözesanverband Köln www.kabdvkoeln.de



Eine Broschüre der IG-BAU-Frauen setzt ganz spezifische Akzente zum Grundeinkommen aus gewerkschaftlicher und feministischer Sicht und beantwortet zehn Fragen zum Grundeinkommen.



Mindestlohn im Mittelpunkt. Die Kombination von Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld bringt Interessen zusammen und eröffnet Perspektiven über die Lohnarbeitsgesellschaft hinaus. Ein Existenzgeld hätte einen ‚Arbeitszeitverkürzungseffekt‘, denn je höher es wäre,

umso größer wäre der Arbeitszeitverkürzungsanreiz für Gutverdienende und umso geringer der Arbeitszeitverlängerungsanreiz für Schlechtverdienende.“

Es geht um das gute Leben für alle!



Netzwerk Grundeinkommen

von Ronald Blaschke

Als sich am 9. Juli 2004 über 50 Wissenschaftler*innen, Studierende, Vertreter*innen der Erwerbslosenbewegung und katholischer Verbände sowie Mitglieder verschiedener Parteien im Wissenschaftszentrum Berlin trafen, hatte das einen aktuell-politischen Hintergrund: Das Hartz-IV-Gesetz der damaligen rot-grünen Koalition wurde im Bundesrat bestätigt. Das an diesem Tag gegründete Netzwerk Grundeinkommen verstand sich damals und versteht sich auch heute noch als Teil der sozialen Bewegung, die gegen Prekariät und für Selbstbestimmung streitet.

- Das Grundeinkommen soll dazu beitragen,**
- **Armut und soziale Notlagen zu beseitigen,**
 - **den individuellen Freiheitsspielraum zu vergrößern sowie**
 - **die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und**
 - **die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern.**



Unseriös und unwissenschaftlich

Eine Kritik des Gutachtens vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen zum Grundeinkommen



Das Grundeinkommen ist damit das Gegenteil von Hartz IV. Es ist bedingungslos und individuell garantiert, allen zustehend, also universell, und die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichernd.

Über 5300 Einzelmitglieder hat das Netzwerk inzwischen, über einhundert Mitgliedsinitiativen und -verbände sowie einen wissenschaftlichen Beirat. Das Netzwerk Grundeinkommen ist nicht an eine Kon-

fession oder politische Partei gebunden. Es fördert die Diskussion verschiedener Grundeinkommensmodelle, führt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungsträgern, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen. Zugleich unterstützt es die wissenschaftliche Debatte zum Grundeinkommen und den damit zusammenhängenden Fragen. Dabei scheut es nicht die harte Auseinandersetzung mit politisch-wissenschaftlichen Gremien, die glauben, die gesellschaftliche Grundeinkommensdebatte mit irreführenden Gutachten behindern zu können. Veröffentlicht werden auch Übersichten über Grundeinkommensmodelle und zur Geschichte der Idee des Grundeinkommens. Unzählige Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen wurden organisiert, Publikationen zum Grundeinkommen und zu angrenzenden Themen veröffentlicht, Parlamentarische Abende durchgeführt, Aktionen organisiert.

Ziel des Netzwerks ist es, das Grundeinkommen in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Bündnis einzuführen. Dabei arbeiten wir mit den Grundeinkommensbewegungen in anderen Ländern zusammen und unterstützen die weltweite Verbreitung der Idee des Grundeinkommens. Wir sind Mitglied des weltweiten Netzwerks Basic Income Earth Network (BIEN) und des europäischen Netzwerks Unconditional Basic Income Europe (UBIE).

In den letzten Jahren haben wir insbesondere den Schulterschluss mit der wachstumskritischen und Klimabewegung und der Care-Bewegung gesucht. Denn klar ist: Das Grundeinkommen ist Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation, einer tiefgreifenden gesellschaftlichen

Veränderung. Das geht nur gemeinsam. Schauen Sie auf unserer Website vorbei, unterstützen Sie unsere Arbeit.





www.grundeinkommen.de

Ausstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)

Die Ausstellung Grundeinkommen führt in die Thematik ein und blickt auch in Richtung Zukunft. Konzipiert wurde die Ausstellung 2008 und erstmals im Rahmen des Grundeinkommens-Kongresses in Berlin im selben Jahr der Öffentlichkeit gezeigt. In den vergangenen Jahren ist die Debatte weitergegangen und es war an der Zeit, die Ausstellung zu überarbeiten.

2015 und wieder 2020 war es nun soweit. Inhaltlich wurde die Ausstellung überarbeitet, auf den aktuellen Stand gebracht und obendrein auf Stoff gedruckt. Die Ausstellung hat nun an Gewicht verloren. Allerdings nur in kg. Sie ist leichter zu handhaben und der Transport wird ebenfalls günstiger.

Einführung, Erste Schritte. Auswirkungen und Zukunft sind die vier Teile der Ausstellung überschrieben. Die Ausstellung wurde speziell zur EBI um zwei Tafeln erweitert.



Die Ausstellung kann hierüber bestellt werden. Sie wird per Post verschickt.

Wie bitte geht es zu einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Und würde überhaupt noch jemand arbeiten gehen?

Und warum reden wir nicht darüber, wer mit BGE noch arbeiten ginge?
Weil die Produktivität der Arbeit inzwischen so hoch ist und das Bedürfnis der Menschen nach sinnvoller Tätigkeit so groß, dass sich das erübrigt. Noch nie in der Geschichte resultierte ein Menschheitsproblem daraus, dass die notwendigen Arbeiten nicht getan wurden.

Aus diesen Schwierigkeiten ergibt sich, dass ein BGE nicht einfach komplett das bestehende Sozialsystem ersetzen oder über es drüber gestülpt werden kann. Es wird um Schritte gehen, die zum Bestehenden passen. Zwingend wären jetzt schon die Erhöhung der Regelsätze in den Mindestsicherungen und die Aufhebung der Sanktionen, wie sie tendenziell auch das Bundesverfassungsgericht anmahnt. Zaghafte Schritte hin zu einer Mindestrente gab es schon, das Vorbild Niederlande könnte Pate stehen für eine umfassende Regelung. Dort erhalten alle, die eine bestimmte Zeit im Land gelebt haben, eine Grundrente, die die wichtigs-ten Bedarfe abdeckt.

Auch über einen nächsten logischen Schritt gibt es zumindest formal weitgehende politische Einigkeit, nämlich eine Kindergrundsicherung. Allerdings kommt es hier auf die genaue Gestaltung an. Eine solche Kindergrundsicherung muss armutsfest sein, sie muss vorrangig vor anderen Sozialleistungen erfolgen, darf also mit diesen nicht verrechnet werden, und sie sollte steuerpflichtig sein, damit einkommensstarke Familien zur Refinanzierung beitra-

Grundeinkommen schafft mehr Gleichheit – Gleichheit schafft mehr Gesundheit

von Marina Martin

Über kein Thema ist in den vergangenen zwei Jahren mehr geredet worden als über Gesundheit. Gesünder geworden sind wir dadurch nicht.

Auch die zu Beginn der Corona-Pandemie aufgestellte Behauptung, vor dem Virus seien alle gleich, es treffe erbarmungslos alle, war schnell widerlegt. Ärmere Menschen erkranken nicht nur häufiger, sondern auch schwerer am Virus. Ein Arbeitsplatz mit Möglichkeit zum Homeoffice, eine Wohnung, in der es sich im Lockdown aushalten lässt (oder überhaupt eine Wohnung), eine vorhandene Krankenversicherung sind Beispiele, wie Schutzmechanismen an die finanzielle Lage gekoppelt sind. Global zeigt sich dieser Zusammenhang beispielsweise an der Impfstoffverteilung.

Lücken im Vorsorgesystem wie fehlende Masken und Tests waren von Anfang an sichtbar und die Intensivstationen der Krankenhäuser waren zeitweise kurz vor dem Kollaps, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten durch das Fallpauschalensystem (DRGs) auf ökonomische Effizienz statt auf umfassende Versorgung ausgelegt wurden. Es wurde überdeutlich, dass das Gesundheitswesen Teil öffentlicher Daseinsvorsorge ist und nicht der Erwirtschaftung von Gewinnen dienen darf.

Zudem hat die Pandemie gezeigt, dass Gesundheit auch ein nicht kalkulierbares Risiko sein kann, das Menschen in Armut stürzt. Viele Menschen sind in finanzielle Not geraten, manche Existenzen gescheitert und bereits vorher vorhandene Belastungslagen haben sich zugespitzt. Viele haben den Druck und die Ängste gespürt, denen prekär Beschäftigte und Erwerbslose dauerhaft ausgesetzt sind. Denn unzureichende finanzielle Mittel und auch die Angst davor lösen Stress aus.

Das Stresserleben in der Gesellschaft hat sich seit Corona massiv erhöht. Das belastet sowohl den Körper als auch die Psyche. Dauerstress begünstigt Rücken- und Kopfschmerzen, Magenbeschwerden, Schlafstörungen, Erschöpfung, Depressionen und wirkt sich negativ auf das Immunsystem aus. Kein Wunder also, dass die immu- und finanzschwächsten Bevölkerungsgruppen weitgehend identisch sind. Die Zusammenhänge von finanzieller Lage und Gesundheit sind seit Jahrzehnten bekannt und können zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale werden.

Ein Grundeinkommen als Geldbetrag ersetzt natürlich nicht eine für die Individuen kostenlose Infrastruktur für Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität u. a. m. Aber es wäre ein Mittel gegen aktuell vorhandene Lücken im System. Die Corona-Hilfen wurden vielfach kritisiert, da sie aufwändig zu beantragen seien, viele Fälle nicht abdeckten und zeitgleich zu Profiten für die Wirtschaft auf Staatskosten führten – man denke an die Diskussion um Dividendenausschüttung, während die Belegschaft in Kurzarbeit war. Unterstützung kam also oft nicht dort an, wo sie benötigt wurde, was allerdings auch ohne Corona ein oft zu be-

gen und nicht wie heute zusätzlich davon profitieren.

Es bietet sich an, beides, Mindestrente und Kindergrundsicherung, ebenso wie die bestehenden betrieblichen Rentensysteme in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren und diese zur Bürgerversicherung auszuweiten. Pflichtversicherungs- und Beitragsbemessungsgrenzen sollten aufgehoben werden und Einkommen aus allen Quellen sollten beitragspflichtig sein. Würde zusätzlich eine paritätische Beteiligung der Arbeitgeber vorgesehen, wäre auch das Finanzierungsproblem gelöst.

Ein BGE ist zwar zunächst ein Geldbetrag, der zum Einkaufen auf dem Markt berechtigt, aber genau genommen geht es um ein gutes Leben für alle. Dem dienen auch öffentliche Infrastrukturen, die für die Benutzer*innen kostenlos sind. Wir denken da nicht nur an ÖPNV, Kinderbetreuung oder Schulen, sondern auch an Energiegrundkontingente, Kommunikationsmittel oder umfassende öffentliche Mobilität vom Taxi, das dich zum Bus bringt, bis zum Fernzug. Wo das gegeben wäre, gelänge ein gutes Leben auch mit weniger Geld, es wäre eine Art „bargeldloses BGE“. Auch diesbezüglich gibt es längst entwickelte Forderungen und realpolitische Diskussionen.

Wenn man es in solchen einzelnen Schritten denkt, ist die Einführung eines BGE gar nicht mehr so utopisch und weit entfernt.



Attac AG genug für alle
www.grundeinkommen-attac.de

obachtendes Phänomen bei staatlichen Leistungen ist. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte hier Abhilfe schaffen. Es gibt den Menschen, die aktuell durch das Netz fallen, notwendige finanzielle Mittel. Und es gibt allen Menschen Sicherheit und reduziert Ängste und damit auch Stress. Zudem bietet es die Möglichkeit, sich krankmachenden Arbeitsbedingungen zu entziehen und die Arbeitsbedingungen positiv zu beeinflussen, da es die Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebenden stärkt.

Somit wundert es nicht, dass bisherige Experimente zum Grundeinkommen, unabhängig von Zeitgeist (erste Experimente gab es bereits ab 1968) und kulturellen Rahmenbedingungen (Kanada, Namibia, Indien, Deutschland, Finnland) auf positive Effekte für die Gesundheit der Menschen hinweisen.

Impressum

Kontakt:
Netzwerk Grundeinkommen



Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
www.grundeinkommen.de
kontakt@grundeinkommen.de



Attac Bundesbüro
Münchner Straße 48
60329 Frankfurt am Main
www.grundeinkommen-attac.de

Webseite des Kampagnenbündnis
www.ebi-grundeinkommen.de



D6 Grundeinkommen: Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen



Was ist die „EBI bedingungslose Grundeinkommen“?

Mit einer „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI) können Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die Kommission auffordern, im Rahmen der geltenden EU-Verträge eine oder mehrere bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.

Die EBI „Start bedingungsloser Grundeinkommen (BGE) in der gesamten EU“ fordert die Europäische Kommission auf, „einen Vorschlag für bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten EU zu machen, welche die regionalen Ungleichheiten verringern, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken.“

Damit soll das Ziel der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2017 verwirklicht werden, dass – zur Beseitigung von Ungleichheiten – „die EU und ihre Mitgliedsstaaten außerdem effiziente, nachhaltige und gerechte Sozialschutzsysteme unterstützen [werden], um ein Grundeinkommen sicherzustellen.“

Ist die EBI erfolgreich, müssen sich das Europaparlament und die Kommission nicht nur mit unserem Anliegen beschäftigen, sondern auch erklären, was sie bezüglich unserer Forderung tun wollen.

Erfolgreich ist die EBI dann, wenn sie

- EU-weit mindestens **eine Million Unterschriften** erhält und
- in mindestens sieben EU-Mitgliedsländern ein bestimmtes **Quorum** erreicht (für Deutschland 67 680)



www.grundeinkommen-attac.de